

In dieser Aufgabenstellung ist die ganze Problematik enthalten, um die es hier geht: modernste Forschung als Quelle der modernsten Lehre, Ausbildung auf dem neuesten Stand der Wissenschaft an höchstentwickelter Ausrüstung — beides in enger Verbindung mit der Produktion.

Die Lösung dieser von der 3. Parteikonferenz gestellten Aufgaben ist nur möglich bei einer dauernden engen Zusammenarbeit, sozusagen einer Verzahnung der Ministerien, Hauptverwaltungen und Werkleitungen mit den Universitäten und Hochschulen, durch das ständige Zusammenwirken der beiderseitigen wissenschaftlichen Gremien und durch den engen Kontakt der Staats- und Betriebsfunktionäre mit den Professoren, Dozenten, Assistenten und der studierenden Jugend. Wie soll das geschehen?

Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Hochschulforschung und Produktion

Entsprechend der Direktive für den zweiten Fünfjahrplan haben bekanntlich alle Ministerien und Hauptverwaltungen die Themen des Planes „Forschung und Technik“ ihrer Fachgebiete auszuarbeiten und die Schwerpunkte besonders festzulegen. In den jetzt den Hauptverwaltungen unterstellten Zentralen Facharbeitskreisen wird von den Praktikern der Produktion und von den Hochschul- und Akademieforschern die Thematik der Forschungsvorhaben beraten, und die Forschungsaufträge werden zur Durchführung auf die Forschungs- und Entwicklungsstellen der Industriebetriebe, der Universitäten und Hochschulen und der Akademien verteilt.

Nun stellt der Senat der Technischen Hochschule Dresden die Forderung, daß in Zukunft die Zentralen Arbeitskreise der Hauptverwaltungen die Finanzierung aller jener Forschungsaufträge der Hochschulinstitute, die der Lösung volkswirtschaftlicher Aufgaben dienen, übernehmen sollen.

Vom Staatssekretariat für Hochschulwesen würde demnach in der Hauptsache nur noch die in Abstimmung mit den wissenschaftlichen Akademien durchzuführende sogenannte Grundlagenforschung zu finanzieren sein. Wir halten die Übernahme einer solchen Verantwortung durch die Ministerien für einen geeigneten Schritt, um die bisher fehlende, aber dringend notwendige feste Verbindung von Hochschulforschung und Produktion herbeizuführen. Dies könnte — nach dem Beispiel der Sowjetunion — durch direkte Finanzierung der Forschungsaufträge durch die Fachministerien und Hauptverwaltungen und teilweise durch den Abschluß direkter Wirtschaftsverträge der ihnen unterstehenden volkseigenen Betriebe mit den Universitäts- und Hochschulinstituten geschehen. Durch eine solche Regelung würde mit einem Schlage eine Reihe von Problemen, die bisher der vollen Entwicklung und Ausschöpfung der Hochschulforschung und Hochschulausbildung und ihrer besseren Ausnützung für die Volkswirtschaft im Wege stehen, ihre Lösung finden. So würden in Zukunft die Ministerien und Hauptverwaltungen bzw. die Werkleitungen von vornherein verantwortlich sein für die planmäßige Überführung der in den Instituten der Universitäten und Hochschulen bereits sichtbaren Forschungsergebnisse in die Entwicklung und die Produktion in den in Frage kommenden Betrieben. Eine solche Beschwerde, wie sie z. B. jetzt von dem Direktor des Instituts für Fördertechnik an der TH Dresden, Prof. Dr. Kienast, vorliegt, wonach die Einführung von Perlon-Transportbändern in die Praxis deshalb auf große Schwierigkeiten stieß, weil der für die Produktion in Frage kommende Betrieb auf Grund der hohen Erstananschaffungspreise in seiner Planung nicht auf die Übernahme vorbereitet war, wäre dann hinfällig.